

### Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

die Krise in der Ukraine besorgt uns alle sehr. Ein Krieg hätte schwere Folgen, weit über die Region hinaus. Darum sollten wir alles unternehmen, um auf dip-Iomatischem Wege eine weitere Eskalation zu verhindern.

Es freut mich, dass nun die Vorbereitungen zum Bundesteilhabegesetzes beginnen. Damit wird endlich die schon 2008 in Kraft getretene UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt.

Schon im Haushalt 2014 sind weitreichende Entlastungen für die kommunalen Haushalte vorgesehen. Der Bund übernimmt nun vollständig die Grundsicherung im Alter, was die Kommunen um 5,5 Milliarden Euro jährlich entlastet. Die Städtebauförderung wird um 145 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro aufgestockt und das Programm Soziale Stadt gestärkt. Das ist ein großer Erfolg sozialdemokratischer Politik, den die Kommunen direkt spüren.

Nicht erfolgreich war das Bemühen der Opposition, den Wirtschaftsminister ins Plenum zu zitieren—so habe ich meinen ersten Hammelsprung erlebt.

Ihre/Eure



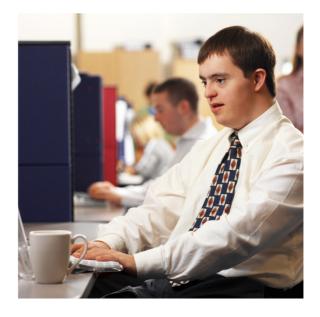
## Teilhabe für Menschen mit Behinderung und fünf Milliarden Euro mehr pro Jahr für die Kommunen

Bundesteilhabegesetz setzt UN-Behindertenrechtskonvention um. Entlastung der Kommunen um eine Mrd. Euro jährlich bereits ab 2015.

Im Koalitionsvertrag haben wir die Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes vereinbart. Das Gesetz soll die Eingliederungshilfe neu ordnen. Dadurch werden die Kommunen künftig um fünf Milliarden Euro jährlich entlastet.

Bis das Gesetz entwickelt ist, sollen die Kommunen bereits ab 2015 um eine Milliarde Euro jährlich entlastet werden.

Ziel der Eingliederungshilfe ist es, Menschen mit Behinderung eine Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Derzeit folgt sie noch den Grundsätzen der Sozialhilfe. Das heißt, sie orientiert sich am Existenzminimum. Das reicht jedoch nicht aus, um Menschen mit Behinderung eine aktive gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das Bundesteilhabegesetz soll die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe heraus lösen. Der Bund übernimmt dann Aufgaben, die bisher Städte und Kommunen allein zu tragen hatten. Bundeseinheitliche, einkommensunabhängige



Leistungen schaffen bessere Bedingungen für Menschen mit Behinderung und entlasten gleichzeitig die Kommunen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beginnt noch vor der Sommerpause mit der Arbeit an dem Gesetz, ein Entwurf soll 2015 erstellt werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, das Bundesteilhabegesetz bereits im Jahr 2016 zu beschließen. Unser Ziel ist es, schon 2017 die Kommunen stärker zu entlasten.

## Ver.di Parlamentarischer Abend

Gemeinsam mit meiner Salacher Praktikantin Sabrina Hartmann war ich am Montag beim Parlamentarischen Abend von ver.di. Sie unterstützt sieben Wochen lang mein Berliner Team und erhält einen umfangreichen Einblick in die Arbeit einer Bundestagsabgeordneten.



Sabrina Hartmann und Heike Baehrens (eigenes Foto)

### Hebammen <sup>1</sup>

Haftpflichtproblematik schnell entschärfen

Arbeitsgruppe aus Hebammenverbänden, GKV– Spitzenverband und Versicherungswirtschaft erarbeitet Lösungsvorschläge

Unter Beteiligung der Hebammenverbände, der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Versicherungswirtschaft wurden im Bundesgesundheitsministerium die Probleme der freiberuflichen Hebammen beraten. Neben dem Thema der Haftpflichtversicherung wurden auch Fragen der Ausbildung, die Versorgung der Bevölkerung mit Hebammenhilfe sowie die Sicherung der Versorgungsqualität besprochen.

Die gesetzliche Krankenversicherung hat angekündigt, wie in der Vergangenheit schon die Tariferhöhungen in der Haftpflichtversicherung abzufedern und sich in angemessener Weise an den Kosten zu beteiligen. Die kurzfristigen Sorgen der Hebammen sind damit zunächst gelöst. Es wird weiter an langfristigen Lösungen gearbeitet. Dieser Prozess braucht eine besondere Sorgfalt, da versicherungsrechtliche Fragen hierbei eine

Rolle spielen und auch der Grundsatz der Gleichberechtigung verschiedener Berufsgruppen beachtet werden muss. Bis Ende April will die Arbeitsgruppe ihren Bericht hierzu vorlegen. Wir brauchen gemeinsam getragene und nachhaltige Lösungen der Haftpflichtproblematik, damit dieser wichtige Berufsstand gestärkt wird.



## Digitale Agenda Wirtschaft fördern, Sicherheit garantieren

Netzausbau und Sicherheit sind zwei der wichtigsten Säulen einer Digitalen Agenda 2014-2017.

Die Koalitionsfraktionen haben diese Woche ein Zeichen gesetzt, das digitale Neuland weiter zu erschließen. Nachdem es erstmals eine Arbeitsgruppe Digitale Agenda bei den Koalitionsverhandlungen gab, haben CDU/CSU und SPD diese Woche in einem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, eine Digitale Agenda 2014-2017 zu erarbeiten.

Die Digitalisierung umfasst immer mehr Bereiche des Lebens. Eine Digitale Agenda ist notwendig, damit die digitale Wirtschaft künftigem Wachstum eine Basis bietet und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sichert. Die Informations- und Kommunikationsbranche setzt heute schon rund 228 Milliarden Euro um und beschäftigt mehr als 900.000 Menschen. Hier liegen große Potenziale für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Digitale Agenda soll



zusammen mit der Wirtschaft, Ziviligesellschaft, den Tarifpartnern und der Wissenschaft auf den Weg gebracht werden. Zu den wichtigen Aufgaben zählen der Ausbau schneller Internetverbindungen und die Verbreitung von kabellosem Zugang zum Internet. Der Koalitionsvertrag sieht vor, bis 2018 eine flächendeckende Grundversorgung von 50 Mbit/s zu gewährleisten. Außerdem soll Rechtssicherheit bei der Nutzung öffentlicher, kabelloser Netze geschaffen werden. Es muss klar geregelt werden, wer bei solchen Netzen im Falle von Rechtsverstößen haftet.

Insbesondere die Sicherheit von Kommunikation und Daten muss mehr denn je im Vordergrund einer Digitalen Agenda stehen. Um den Umfang und die Wichtigkeit dieses Themas zu würdigen folgt demnächst ein weiterer Antrag der Koalitionsfraktionen zur Daten- und IT-Sicherheit. Ein IT-Sicherheitsgesetz und ein IT-Sicherheitsforschungsprogramm sind notwendig, um den Datenschutz zu garantieren und die technische Souveränität zurückzugewinnen.

### Otto-Wels-Preis kreative Kulturinitiativen gesucht

Am 23. März 2013 hat sich die Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz zum 80. Mal gejährt. Die SPD-Bundestagsfraktion will Vereine, Initiativen oder Projekte, die sich mit den Mitteln von Kunst und Kultur für Integration und Demokratie engagieren, auszeichnen. Weitere Informationen unter: http://www.spdfraktion.de/themen/spdfraktion-zeichnet-kulturinitiativen-aus



Foto: Bastografie/photocase.com

## Mehr Zeit für Familien und gleiche Chancen für Frauen und Männer

Familien gestalten ihren Alltag heute auf vielfältige und unterschiedliche Art und Weise. Damit dabei keiner auf der Strecke bleibt, brauchen wir eine gute Gleichstellungspolitik. Der Internationale Frauentag hat uns letzte Woche daran erinnert, dass noch einiges zu tun ist. Die Koalitionsfraktionen haben die Bundesregierung daher in einem gemeinsamen Antrag aufgefordert, 2016 einen Zweiten Gleichstellungsbericht vorzulegen.

Mehr als zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten sind Frauen. Minijobs sind für Frauen nicht die Ausnahme, sondern leider weit verbreitet. Durch lange Auszeiten von der Berufstätigkeit tragen Frauen dazu noch die ökonomischen Kosten der Kindererziehung. Auch die Sorge um pflegebedürftige Angehörige wird zu mehr als 70% von Frauen übernommen. Diese Ungleichverteilung führt dazu, dass Frauen ganz besonders von Altersarmut bedroht sind.

Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb viele Verbesserungen für vereinbart:

Auf dem Arbeitsmarkt wird der flächen-



Foto: SPD-Landesverband Baden-Württemberg

deckende gesetzliche Mindestlohn insbesondere Frauen eine bessere Entlohnung bringen. Dazu kommen gesetzliche Regelungen zur Entgeltgleichheit und verbindliche Quoten für Frauen in Führungspositionen.

Damit Familien mehr Zeit bekommen, entwickeln wir das Elterngeld weiter zum "ElterngeldPlus" und gestalten die Elternzeit flexibler. Mit einem Rechtsan-



Foto: SPD-Landesverband Baden-Württemberg

spruch auf befristete Teilzeit sorgen wir dafür, dass die zeitweise Reduzierung der Arbeitszeit nicht zur Sackgasse für Eltern wird. Wir werden auch für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen sorgen, durch flexiblere Freistellungsansprüche und eine zehntägige Auszeit für die Pflege bei gleichzeitigem Lohnausgleich. Damit sind wir auf einem guten Weg zu einer gerechteren Verteilung von Erziehungsund Pflegeaufgaben.

Nicht zuletzt werden wir die Alleinerziehenden besser unterstützen, indem wir den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende anheben.

### Weltfrauentag bei der "eislinger frauen aktion"

#### Bunte Fairtrade-Rosen symbolisieren Frauenrechte



Veranstaltung zum Weltfrauentag von efa in der Eislinger Stadthalle: Die drei Sängerinnen von "Honey Pie"

Zum Weltfrauentag habe ich den Verantwortlichen der eislinger frauen aktion als kleines Dankeschön für ihr vielfältiges Engagement bunte Rosen mitgebracht. Sie symbolisieren für mich nicht nur die Vielfalt in unserer Gesellschaft, als Rosen aus fairem Handel sind sie auch ein besonderes Symbol für die Frauenrechte. Fairtrade-Rosen unterstützen Blumenpflückerinnen in Afrika und Lateinamerika, ein eigenständiges Leben zu führen und Verantwortung in ihren Gemeinschaften zu übernehmen.

# **Empfang** der SPD-Bundestagsfraktion zum Internationalen Frauentag

Am Mittwochabend kamen mehrere hundert Gäste anlässlich des Weltfrauentages in den Bundestag. Die SPD-Frauenministerin Manuela Schwesig diskutierte mit Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern die Schwerpunktthemen der Gleichstellungspolitik in dieser Legislaturperiode. Ein starkes sozialdemokratisches Team in Fraktion und Ministerien und die tatkräftige Unterstützung durch Verbände, Gewerkschaften und engagierte Bürgerinnen und Bürger tragen den neuen Schwung in der Gleichstellungspolitik.



SPD-Frauenministerin Manuela Schwesig mit Journalistin Ina Krauß

Foto: Trenkel/Bildschön

#### keine Alternative zum Dialog

### Ukraine-Krise

Dreiklang aus Gesprächen, Hilfen und Sanktionen bildet Deutschlands Vorgehen in der Krimkrise

Dieses Jahr erinnern wir uns an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Die Geschichte hat uns deutlich gezeigt, dass die Politik sich niemals militärischer Mittel bedienen darf.

Die derzeitige Krise in der Ukraine darf nicht zu einem Rückfall in längst überwunden geglaubte Konfrontationsmuster des kalten Krieges führen.

Als SPD setzen wir uns nachdrücklich für ein friedliches Europa ein. Die Sternstunden der Sozialdemokratie sind geprägt von einem konsequenten Einsatz für eine Friedens- und Entspannungspolitik.

Russland bricht auf der Krim das Völkerrecht, dieses Vorgehen können wir nicht akzeptieren. Darum fordern wir, dass Russland seine Truppen aus der Region abzieht und direkte Gespräche mit der vom ukrainischen Parlament gewählten Regierung aufnimmt.

Gleichzeitig muss die Regierung der Ukraine die Rechte der nationalen Minderheiten aktiv schützen. Antisemitismus und Rechtsextremismus dürfen keinen Platz in der Neuordnung der Ukraine haben. Die Rechte der Opposition müssen geschützt und freie und faire Präsident-

schaftswahlen schnellstmöglich vorbereitet werden. Die Ereignisse auf dem Maidan, bei denen mehr als 80 Menschen ums Leben kamen, müssen aufgearbeitet und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Bei diesen großen Aufgaben braucht die ukrainische Regierung unsere Unterstützung. Die SPD ist bereit, sich aktiv beim Aufbau einer stabilen Demokratie, einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und einer gerechten Grundversorgung der Menschen, etwa im Gesundheitsbereich, einzubringen. Das Hilfspaket der EU in Höhe von insgesamt elf Milliarden Euro ist hierzu ein wichtiger Beitrag.

Ich vertraue auf Frank-Walter Steinmeier, der alles in seiner Macht stehende tut um eine weitere Eskalation des Konflikts zu vermeiden.



#### **Heike Baehrens**



#### Termine 24. März 2014 — 9. März 2014

Dienstag, 18 März 18:30 Uhr

Parlamentarischer Abend der Bundesvereinigung Lebenshilfe

Mittwoch, 19. März 20:00 Uhr

Fraktionsoffener Abend EEG-Reform mit Sigmar Gabriel

Donnerstag, 20. März 08:00 Uhr

Parlamentsfrühstück 'Stop –TB-Forum' **Tuberkulose** 

Donnerstag, 20. März 16:00 Uhr

Fachgespräch Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialpädiatrie

Freitag, 21. März 08:40

Morgenandacht mit MdB Dr. Dorothee Schlegel

Freitag, 21. März 12:00

Equal Pay Day Kundgebung von DGB, Deutschem Frauenrat und SoVD

Freitag, 21. März & Samstag, 22. März

Fraktionsklausur

Sonntag, 23. März 17:00

Mitgliederversammlung Theaterhausverein









Bürgerbüro

Schillerplatz 10 73033 Göppingen

Tel: 07161 / 988 35 46 Fax: 07161 / 988 36 44

info@heike-baehrens.de

**Deutscher Bundestag** 

Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel: 030 / 227 74157 Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens@bundestag.de



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/heike.baehrens